Editorial

Autor(en): **P.F. / W.S. / U.S.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Wenige Tage nach dem 11. September 2001 und nach dem Scheitern des Oslo-Friedensprozesses deklarierte der israelische Premierminister Ariel Sharon: „Arafat ist unser Bin Laden". Der „lange Krieg" gegen den „Internationalen Terrorismus", den die Supermacht USA zusammen mit ihren engsten Alliierten kurze Zeit später einleitete (Operation Enduring Freedom), kam Sharon sehr gelegen: Er sah seine Strategie der „offensiven Selbstverteidigung" weltöffentlich gerechtfertigt. Und konnte sich dann auch auf die Anfang 2002 von Bush proklamierte Doktrin berufen, wonach als „Terrorist bekämpft wird, wer Terroristen beherbergt oder unterstützt". Nachdem die Bush-Regierung den palästinensischen Widerstand der Al-Aqsa-Intifada gegen die Besatzungsmacht auf die Liste des „internationalen Terrorismus" gesetzt hatte, nahm die Gewalt durch Selbstmordattentate in Israel und durch militärische Vergeltungsschläge auf palästinensischem Gebiet ein erschreckendes Ausmass an.

Am 31. März erklärte Sharon dem palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat den „Krieg". Mit der Militäroperation „Schutzwall" begann die Okkupation der palästinensischen Städte und Gebiete mit dem Ziel, die „Terroristen auszurotten" und die „Existenz Israels zu verteidigen". Berichtet wird von vielen Toten und Gefangenen, massivsten Menschenrechtsverletzungen, von der Zerstörung der palästinensischen Autonomiebehörde, der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Ungeachtet der Appelle zum Rückzug aus den palästinensischen Gebieten seitens der UNO, der Europäischen Union, der späten „Mahnungen" auch von G.W. Busch intensivierte Israel die Militäroperationen. Geplant ist, wie von Sharon zu hören ist, eine israelische Militärverwaltung in den palästinensischen Gebieten. Die militärische „Konfliktlösung" liegt ganz auf der Linie des von der Bush-Regierung ausgerufenen Kriegs gegen die „Achse des Bösen" – und sie riskiert damit eine weitere Eskalation des Nahost-Konfliktes.

Sind nach dem 11. September 2001 die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg in den Überwachungsstaat, in den autoritären Sicherheitsstaat? „Law and order sind, wie Blair richtig sagt, auch sozialdemokratische Werte", so der deutsche Bundesinnenminister Otto Schily auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im November 2001. Die Anti-Terror-Gesetze, aber auch die Massnahmen zur Inneren Sicherheit und die Planung einer „Bundes-Sicherheitspolizei" in der Schweiz lassen einen weiteren Aufrüstungs- und Kriminalisierungsschub in der Festung Europa erwarten: Fremde als erhöhtes Sicherheitsrisiko.

In Heft 38 „Globalisierung und Widerstand" (2. Aufl.) waren Beiträge zur Schuldenkampagne und Armutsbekämpfung zu lesen. Im vorliegenden Heft ziehen Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Parteien, der Antiglobalisierungsbewegung, von Hilfs- und Entwicklungsorganisatio-

nen eine erste Bilanz nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre Ende Januar 2002. Bei allen Differenzen und unterschiedlichen Prioritätensetzungen lautet ihr gemeinsames Fazit: Die Politik ist herausgefordert, Strategien globaler Gerechtigkeit zu entwerfen und Perspektiven einer Weltsozialpolitik zu eröffnen. „Alle Bemühungen der zahlreichen UNO-Organisationen und Hilfswerke", so Jean Ziegler, Sonderbeauftragter der UNO für Armut und Hunger, „werden zunichte gemacht durch die blindwütige Anwendung der neoliberalen Dogmen durch Weltbank und WTO. [...] Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik – in unserem ureigenen Interesse."

8. April 2002 P.F. / W.S. / U.S.

In eigener Sache

Die Währungsumstellung auf den Euro zwingt auch die Redaktion, die Abonnements- und Einzelheftpreise den neuen Gegebenheiten anzupassen. Ausgehend vom Schweizerfrankenpreis (Fr. 25.– bzw. 40.–) kostet das Einzelheft € 16.– und das Jahresabonnement für zwei Hefte € 27.– (plus jeweilige Versandspesen). Mit diesen Heft- und Abonnementspreisen sind wir in der Lage, die Herstellungs-, Vertriebs- und Werbekosten grösstenteils zu decken.

Zu besonderem Dank verpflichtet ist die Redaktion der Stiftung Pro Helvetia und dem Migros-Kulturprozent für ihre finanzielle Unterstützung.